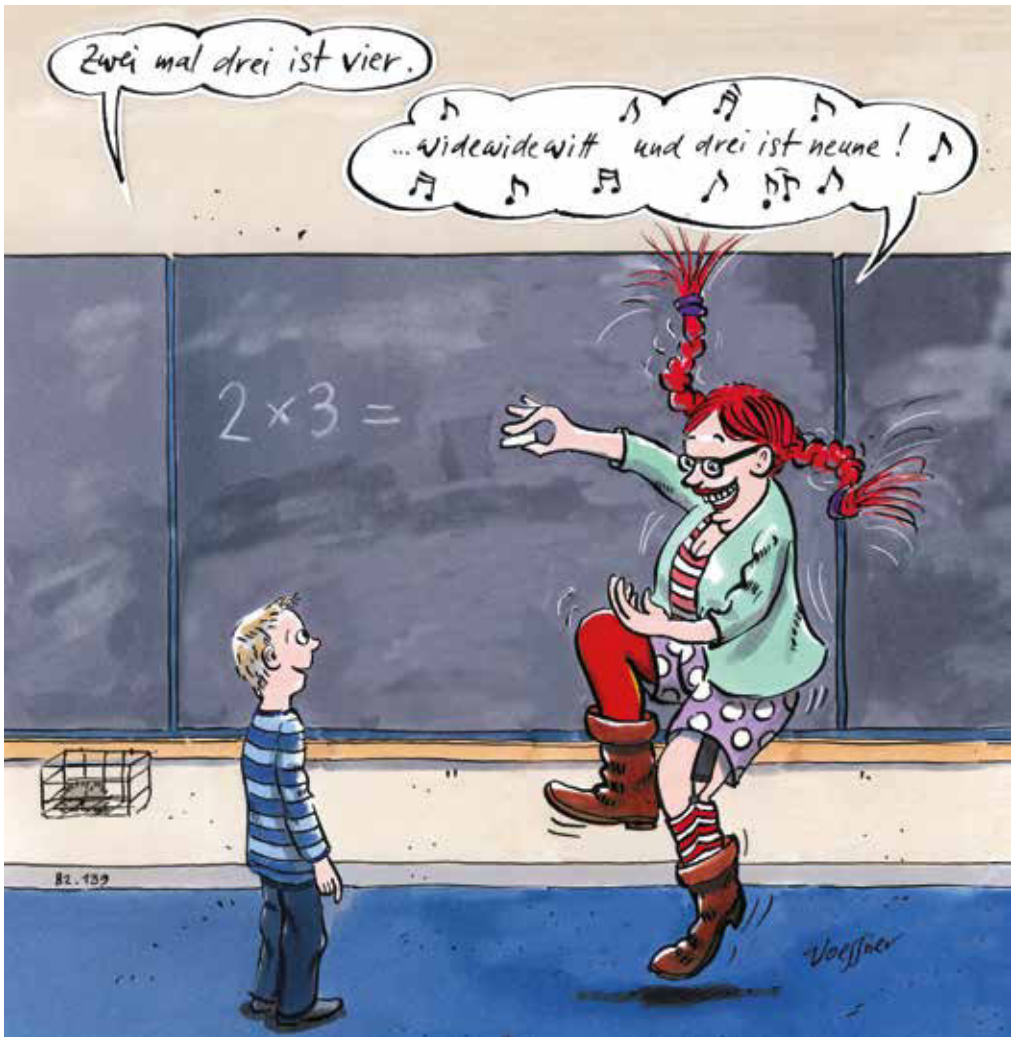


# Worüber reden die eigentlich?

Nach einer Bürgerschaftsdebatte über das AZM zu urteilen, scheinen die Schulexpert\_innen von SPD und Grünen aus dem Tal der Ahnungslosen zu kommen. *Kollege Hans Voß gibt Nachhilfe*

Man muss sich die Augen reiben, wenn man liest, dass die CDU-Fraktion in einem Antrag an die Bürgerschaft feststellt: Die „Anpassung des Lehrerarbeitszeitmodells ist überfällig“ (Drucksache 21/14661). Aber noch bemerkenswerter ist, mit welcher „Fachkompetenz“ die zuständigen Fachvertreter\_innen der SPD- und Grünen-Frak-

tion diesen Antrag ablehnen. Dazu habe ich den betreffenden Auszug aus dem Plenarprotokoll untersucht und – zugegeben: nicht immer ohne Ironie – kommentiert. Aber, wie sagt die Fachsprecherin Schule der SPD, Frau Duden, laut Plenarprotokoll: „Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen dürfen.“ (H.V.)



**Barbara Duden** (Fachsprecherin der SPD-Fraktion): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Lehrerarbeitszeitmodell, hat Frau Stöver gesagt, ist 2003 eingeführt worden. Man muss auch deutlich machen, das ist in den Ausführungen von Frau Stöver ein bisschen zu kurz gekommen, dass die Arbeitszeit der Lehrkräfte immer auch Anteile umfasst, *die unterrichtsbezogene Aufgaben betreffen wie zum Beispiel funktionsbezogene Aufgaben und allgemeine Aufgaben.* (Hervorhebung von mir; H.V.)

???

Hier sind auch deutlich die Fortbildung und die Vertretungsstunden mit beinhaltet.

Bei den Ausführungen von Frau Stöver ist nicht so deutlich geworden, dass das Lehrerarbeitszeitmodell von folgendem Grundsatz ausgeht: Es gibt immer, bei jeder Zuweisung von Lehrerstellen, ungefähr 33 Prozent, die nicht auf die Unterrichtszeit angerechnet werden, sondern die pauschal für weiteren Unterrichtsbedarf berechnet werden.

*Her damit!*

*Tatsächlich werden in der Zuweisung 75 Prozent (bzw. 74,5 Prozent beim HIBB) für den Unterricht (U-Zeiten) angesetzt und 25 Prozent für A- und F-Zeiten.*

*Gingen tatsächlich nur 66 Prozent der Arbeitszeit von 46,57 WAZ in den Unterricht, müssten bezogen allein auf den Grundbedarf nur der allgemeinbildenden Schulen (Grundunterricht)<sup>2</sup>, 997 zusätzliche Lehrer\_innenstellen eingerichtet werden.....*

*Bezieht man die ausgeklammerten Bedarfe (s.u.) mit ein, wären sogar 1250 Lehrer\_innenstellen neu einzurichten!!!*

*Das wäre dann tatsächlich eine Entlastung für die Schulen!*

*Mit dem Unterschied: Zwischen ein Drittel und ein Viertel hatten schon andere so ihre Probleme.*

Das heißt, dass es bei 30 zugewiesenen Lehrer\_innenstellen immer auch einen Anteil von zehn Lehrer\_innen\_innenstellen gibt, die für diese funktionsbezogenen Aufgaben berechnet werden.

*Oha! Nun sogar nur für funktionsbezogene Aufgaben! Jede Schule mit 30 Lehrer\_innenstellen wäre DANKBAR!*

Das macht deutlich, dass neue unterrichtliche

<sup>1</sup> ohne unterrichtlichen Förderbedarf, schulbezogene Bedarfe, Vertretungs- und Organisationsbedarfe und sogenannte Sonstige Bedarfe

<sup>2</sup> Das sind hamburgweit 11.076 Lehrer\_innenstellen, Orga August 2018.



Bildnachweis: UnknOWN (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Szymaniak\_e\_Marcoccio.jpg), „Szymaniak e Marcoccio“, bearbeitet, https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/legalcode

**Fußballspieler Horst Szymaniak galt zu seiner besten Zeit als einer der herausragenden europäischen Mittelfeldspieler (Ende der 50er bis in weit in 60er Jahre). Bei seinen Vertragsverhandlungen soll ihm sein Vereinspräsident angeboten haben, seine Bezüge deutlich zu erhöhen, worauf der Spieler angeblich antwortete: „Ich will ein Viertel, nicht nur ein Drittel mehr“ (vgl. wikipedia)**

Aufgaben wie zum Beispiel Inklusion oder der Ganzttag auch hier automatisch bei der Lehrer\_innenzuweisung mit 33 Prozent der Arbeitszeit extra berechnet werden. Es gibt pauschale Zuweisungen, weil der Zeitbedarf für außerunterrichtliche Aufgaben nicht immer im Einzelnen festsetzbar ist. Das alles findet sich in keiner anderen Lehrer\_innenarbeitszeitverordnung Deutschlands. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen dürfen.

*Leider auch in der Hamburger LAZVo nicht. Das muss man auch einmal sagen dürfen*

Die Behauptung, dass zusätzliche Aufgaben für Lehrkräfte nicht mit Entlastung an anderer Stelle einhergehen, ist schlichtweg falsch.

???

Zusätzlich gab es eine Reihe von Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften, ich zähle nur ein paar auf: Die zentralen Abiturarbeiten bedeuten eine Reduzierung von individuellen Vorbereitungen zu Themen. Es gibt eine Verringerung von Unterrichtsstunden für Lehrkräfte der Stadtteil-

schulen,

*Das ist neu – kommt da noch was?*

die so viel unterrichten wie jetzt auch Gymnasiallehrer. Es gibt kleinere Klassen, es gibt weniger Klassenarbeiten.

Ganztag und Inklusion, zwei weitere Aufgaben, die auch Frau Stöver erwähnt hat, sind dazu gekommen, und es gibt seit 2010 rund 1 900 Lehrer\_innenstellen mehr; auch hier ist automatisch ein Drittel der Stellen für funktionsbezogene Aufgaben berücksichtigt worden. (Hervorhebung H.V.)

*Hier wieder das Drittel (!) der Stellen für funktionsbezogene Aufgaben.*

*Beachte außerdem, nicht erwähnt wird: Seit 2010 gibt es 16.000 Schüler\_innen mehr! Nur für den Grundbedarf erfordern diese 16.000 SuS mehr allein 1.040 Lehrer\_innenstellen (Annahme: Zahl der Schüler\_innen wäre nur in der Grundschule gewachsen). Blieben von den „rund 1900 Stellen“ nur 860 Lehrer\_innenstellen mehr.*

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

*Für ein Drittel aller Lehrer\_innenstellen allein für Funktionsaufgaben gäbe es nicht nur „vereinzelt Beifall bei der SPD“, sondern Standing Ovations von der GEW!*

– Danke, danke.  
*Bitte, bitte!*

Die Schulen haben die Möglichkeit, das muss man in dieser Deutlichkeit noch einmal sagen, Lehrstellenanteile in Stellen anderer Professionen umzuwandeln, das heißt in Stellen, für die keine Lehrerqualifikation notwendig ist. Davon wurde in den letzten Jahren durchaus Gebrauch gemacht. Und die Schulbehörde ist zurzeit im Gespräch mit den Leiterinnen und Leitern der Hamburger Gymnasien, um zum Beispiel die Möglichkeit zu schaffen, dass Verwaltungsleiter in Schulen installiert werden können.

*Vielleicht werden die dann aus der Differenz von 1/3 und 1/4 bezahlt...? Träfe die 1/3-Behauptung zu, könnte man allen 339 allgemeinbildenden Schulen eine Verwaltungsleiter\_innen-Stelle zuweisen – auch der Schule auf Neuwerk !*

Sie sehen, eine Neufestsetzung der Lehrerarbeitszeit ist vor dem von Ihnen dargestellten Hintergrund nicht erforderlich, und deshalb werden wir auch den Überweisungswunsch ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Antje Möller:** Für die GRÜNE Fraktion bekommt nun Herr Duge das Wort.

**Olaf Duge, GRÜNE:**

*... (Zu Anfang bedauert Duge den Rückzug von Stefanie von Berg, von der er Anfang November 2018 die Aufgabe als schulpolitischer Sprecher übernommen hatte.)*

Kommen wir aber nun zum Thema. Das Lehrerarbeitszeitmodell ist eigentlich schon seit seiner Einführung immer heiß

diskutiert worden, das ist nicht neu, aus unterschiedlichen Gründen. Ich weiß gar nicht mehr, ob das Modell, das damals eingeführt wurde, durch Senator Lange, Senator Soltau oder Frau Dinges-Dierig entstanden war, denn das wechselte damals in einer Tour. Es wurde damals eine Unternehmensberatungsgesellschaft engagiert, die sich zwar in der Wirtschaft gut auskannte, aber weniger Kenntnisse über die Realitäten in der Schule hatte als über Tätigkeiten von Lehrerinnen und Lehrer.

*Wenn Mummert und Partner gemeint sind, sollte man wissen, dass die das Lehrer\_innenarbeitszeitmodell nicht verbrochen, sondern es evaluiert haben.*

Das war dann auch der Grund, warum diese Anpassungen 2005 und 2008 durchgeführt wurden, um es ein bisschen dem Schulbetrieb entsprechender zu machen.

*2005 (Mummert und Partner) und 2008 (Behler-Kommission) gab es leider keine „Anpassungen...“, um es ein bisschen dem Schulbetrieb entsprechender zu machen“, sondern nur folgenlose Evaluierungen des AZM...*

Wenn ich jetzt den Antrag der CDU lese und sehe, was da verändert werden soll, dann habe ich den Eindruck, irgendwie ist die CDU immer noch



**Nachhilfe für Barbara Duden (MdBü),  
Fachsprecherin Schule der SPD-Fraktion**

nicht so richtig in der Schulrealität angekommen.

(Beifall bei *Farid Müller GRÜNE* – Zuruf)

– Ja, Sie kennen mich doch und wissen auch,  
(*André Trepoll CDU*: Sie müssen sich noch einarbeiten!)

*Wo er Recht hat, hat er Recht....*

dass es wenig nachvollziehbar ist, wenn Sie sagen, Ganztagschule, selbstverantwortete Schule, Inklusion und was Sie dann alles aufzählen, und dabei wirklich unterschlagen, dass hierfür zahlreiche Stellen, allein 1 900 Stellen für Ganztags- und Inklusion und 30 Stellen für Berufs- und Studienorientierung, eingeführt wurden.

*Hier sogar die 1.900 Stellen nur für Ganztags und Inklusion (Duden hatte noch von insgesamt 1900 Stellen mehr gesprochen), leider kann man nur Trepoll wiederholen!*

Ich habe das selbst miterlebt: Die Reduzierung der Klassenarbeiten war eine deutliche Arbeitserleichterung, kleinere Klassen, die dazugekommen sind, das habe ich am eigenen Leib gespürt. Gerade wenn man etwas älter wird, ist das, glaube ich, noch besonders bemerkbar, weil man dann diese Belastung doch immer wieder mit sich zieht. Das sind Maßnahmen, die wirklich gut gewirkt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Frau Duden hat es schon angeführt, ein Drittel der Stellen sind für allgemeine und funktionsbezogene Tätigkeiten für Lehrerinnen und Lehrer im Arbeitszeitmodell eingerechnet. Wenn Sie also 30 Stellen zusätzlich haben, sind da 10 Stellen Verwaltungstätigkeit mit eingerechnet, also allgemeine und entsprechend auch funktionale Tätigkeiten.

*Auch durch Wiederholung wird das nicht richtig!!*

Eine Steigerung der Verwaltungstätigkeiten, also der funktionalen (?) und allgemeinen Tätigkeiten, wie es dann offiziell heißt, ist auch nicht das Ziel. Das haben Sie durchaus gesagt. Und dann müssen die Schulen – und die Möglichkei-

ten haben die Schulen – entsprechend auch das, was an Kontingenten in diesem Drittel da ist, personell einsetzen, indem sie zum Beispiel Verwaltungsstellen einsetzen können.

Ich kenne das noch aus der Verwaltungsschule, in der ich die ersten 14 Jahre Verwaltungspersonal ausgebildet habe. Da hatten wir auch jemanden, der dort als Verwaltungsleiter gearbeitet und diese Verwaltungsaufgaben übernommen hat. Das sind alles Möglichkeiten, die die Schulen haben.

???

Sie haben da durchaus einen Spielraum, entsprechend heranzugehen.

Es ist doch nicht das Ziel, dass wir die Verwaltungstätigkeit aufbauen in der Art der Lehrertätigkeit, das ist doch klar, sondern dass sie ihre unterrichtliche Tätigkeit voranbringen und dort auch ihren Schwerpunkt haben. Und die

Möglichkeiten bestehen, dass man die Verwaltungstätigkeiten entsprechend ausgliedern kann.

Dazu kommen technische Möglichkeiten, um das zu vereinfachen, strukturelle, organisatorische Möglichkeiten, all das habe ich in Schulen übrigens miterlebt.

*Interessant wäre es zu erfahren, was damit gemeint ist.*

Insofern muss ich ehrlich sagen, dass dieser Antrag in eine falsche Richtung geht. Wir haben diese Dinge auch personell wirklich gut in den Variationsmöglichkeiten, die die Schulen haben, aufgebaut. Ich denke, das ist zu nutzen. Und insofern geht Ihr Antrag an dieser Stelle völlig fehl.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

*Nicht nur vor diesem Hintergrund bedauern auch wir den Rückzug von Stefanie von Berg!*

HANS VOSS  
Ruheständler

*PS: Dem Vernehmen nach war der Senator Rabe an diesem Tag erkrankt und konnte deswegen an der Bürgerschaftssitzung nicht teilnehmen. Wir wünschen ihm nachträglich gute Besserung, bei so viel Fachkompetenz in den Regierungsfractionen kann er eine stabile Gesundheit gebrauchen...*



**Nachhilfe für Olaf Duge (MdB), GRÜNE, seit November 2018 zuständig für Schule und Berufsbildung**